

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- 1. Hou
- 2. Sto
- 3. Ax
- 4. Mittag
- 5. Fis

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 17. 10. 85
16.4. 5 Blatt

Nr. 142 / 85

INFORMATION
über
BStU

NATO-Einschätzungen zu langfristigen ökonomischen Entwicklungstendenzen in den Staaten des Warschauer Vertrages

Nach zuverlässigen Informationen erarbeiteten zuständige NATO-Kreise im Zusammenhang mit der perspektivischen Verteidigungsplanung der NATO interne Einschätzungen über langfristige ökonomische Entwicklungstendenzen sowohl in den Staaten der NATO als auch in den Warschauer Vertragsstaaten (WV-Staaten). Nachfolgend werden die wesentlichen Aussagen über die WV-Staaten wiedergegeben. In diesen Analysen der NATO wird teilweise differenziert zwischen der Sowjetunion und den anderen WV-Staaten.

Kompetente Expertenkreise der NATO schätzen ein, daß in der wirtschaftlichen Situation der WV-Staaten in den letzten zwei Jahren bescheidene Verbesserungen eingetreten sind. Diesen Ländern sei es gelungen, dem Anfang der 80er Jahre zu verzeichnenden Trend geringer ökonomischer Wachstumsraten entgegenzuwirken und eine Phase der wirtschaftlichen Erholung einzuleiten. Die wirtschaftliche Wiederbelebung in den WV-Staaten (außer Sowjetunion) sei vor allem auf die Durchsetzung ökonomischer Sparprogramme, verbesserte Leistungen in der Industrie und Steigerungen bei Exporten in den Westen zurückzuführen. Trotz des jüngsten Aufschwungs seien einige grundlegende Probleme, die zu den Sparprogrammen geführt hätten, nicht gelöst worden. In manchen Fällen hätten diese Maßnahmen zusätzliche negative wirtschaftliche Erscheinungen hervorgerufen. Die Schwierigkeiten bei der

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Reduzierung des Verbrauchs an Energie und Rohstoffen hätten bisher in diesen Staaten (außer DDR) nicht überwunden werden können. Außerdem gebe es nur sehr geringe Fortschritte bei der Modernisierung der veralteten industriellen Basis, die im hohen Maße das Ergebnis der Bemühungen sei, auf Kosten der Investitionen den Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

Nach dem Rückgang der Westimporte der kleineren WV-Staaten 1983 scheinen auch 1984 in dieser Hinsicht keine wesentlichen Veränderungen eingetreten zu sein. Diese Länder hätten in ihren Handelsbilanzen in konvertierbarer Währung 1983 und 1984 und mit Ausnahme von Polen auch in ihren laufenden Zahlungen Überschüsse erwirtschaftet. Ein wesentlicher Fortschritt habe in fast allen kleineren WV-Staaten bei der Verbesserung der Zahlungsbilanz in konvertierbarer Währung und bei der Verringerung der finanziellen Verbindlichkeiten erzielt werden können. Westliche Bank- und Finanzkreise seien wieder eher bereit, den meisten WV-Staaten Kredite zur Verfügung zu stellen.

Der jüngste wirtschaftliche Aufschwung in den WV-Staaten lasse die ökonomischen Perspektiven dieser Länder kurzfristig günstiger erscheinen. Wenn jedoch die gegenwärtigen ökonomischen Wachstumsraten beibehalten werden sollen, müßten diese Länder angesichts der anhaltenden Verlangsamung des Wachstums der Kapitalanlagen ihre Wirtschaften effizienter gestalten. Es werde deshalb notwendig sein, die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern und größere Einsparungen im Energie- und Rohstoffverbrauch vorzunehmen. Eine Zunahme der Importe der kleineren WV-Staaten aus dem Westen werde sich als dringlich erweisen, um Versorgungsprobleme weitgehend beseitigen zu können.

Nach Ansicht der genannten Kreise werden die WV-Staaten im nächsten Fünfjahresplanzeitraum und mindestens Anfang der 90er Jahre vor zunehmend komplizierten Entscheidungen hinsichtlich der Verwendung ihrer Ressourcen stehen. Es sei zu erwarten, daß die Schwierigkeiten bei der Verteilung der Ressourcen für den zivilen und militärischen Sektor wachsen. Die Führungen in diesen Ländern werden nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um die Ausgaben für die Verteidigung und den inneren Verbrauch zu erhöhen, ohne die notwendige Modernisierung der Industrie aufzugeben. Die Steigerungen in der Arbeitsproduktivität könnten aber durch ein langsames Investitionswachstum behindert werden.

Die wirtschaftlichen Belastungen für die kleineren WV-Staaten werden künftig zunehmen. Sie müßten ihre Anstrengungen zur Steigerung der Exporte von qualitativ hochwertigen Waren in die Sowjetunion beträchtlich erhöhen, um entsprechende Energie- und Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion zu erhalten. Gleichzeitig werde sich für diese Länder eine Exportsteigerung ihrer Erzeugnisse nach

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

dem Westen als notwendig erweisen, um Importe aus dem Westen bezahlen und den finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Das wirtschaftliche Wachstum der WV-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, werde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre im Vergleich zu 1983 - 1984 etwas geringer sein. Die Investitionssteigerung werde wahrscheinlich weiter zurückgehen, da diese Länder eine Politik des intensiven Wirtschaftswachstums verfolgen. Es werde kompliziert sein, die gegenwärtigen Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität auch künftig zu erreichen. Wesentliche Fortschritte bei der effektiveren Nutzung der Ressourcen seien ohne grundlegende und umfassende Reformen nicht zu erzielen. Diese seien jedoch nicht zu erwarten.

Trotz der etwas besseren kurzfristigen ökonomischen Aussichten für die WV-Staaten würden jedoch die Faktoren, auf die die allmähliche Verlangsamung des sowjetischen Wirtschaftswachstums zurückzuführen sei, vermutlich auch künftig die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten behindern. Die ökonomischen Perspektiven der WV-Staaten würden insgesamt ungewiß bleiben, weil viele der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang der 80er Jahre zugrundeliegende Probleme noch immer vorhanden seien.

Die Expertenkreise der NATO kommen in ihrer Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion in den letzten Jahren zu dem Ergebnis, daß nach dem Absinken der wirtschaftlichen Wachstumsraten Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre die ökonomischen Resultate der Jahre 1983 und 1984 der sowjetischen Wirtschaft eine Atempause verschafft haben.

Die Industrie der Sowjetunion habe vor allem aufgrund wesentlicher Verbesserungen in der Arbeitsproduktivität, die u. a. auf die Fortführung der Disziplin-kampagne und der Korruptionsbekämpfung zurückzuführen seien, und der Milderung von Engpässen einen bescheidenen Aufschwung erfahren. Trotz der allgemein günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung seien die Ergebnisse in der sowjetischen Industrie recht unterschiedlich ausgefallen. Die Grundzweige verzeichneten bescheidene Wachstumsraten, während die Produktion einiger wichtiger Erzeugnisse kaum oder nicht zugenommen habe. Im Bereich der Leichtindustrie scheine sich die wirtschaftliche Belebung nicht ausgewirkt zu haben. Der geringfügige Rückgang in der Ölproduktion, für den im wesentlichen Rückstände in der westsibirischen Produktion verantwortlich seien, habe bisher keine merklichen Rückwirkungen auf die sowjetische Wirtschaft und die Öllieferungen in die sozialistischen Staaten gehabt.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Sowjetunion habe in den letzten Jahren ihr Handelsdefizit in konvertierbarer Währung durch Senkung der Importe niedrig gehalten, während es bei den Exporten nur ein geringes oder kein Wachstum gegeben habe. Die Defizite seien jedoch durch den Verkauf von Gold und Waffen mehr als ausgeglichen worden. Der Sowjetunion sei es außerdem gelungen, ihr Devisendefizit und ihre Nettoverschuldung gering zu halten. Insgesamt habe sie eine gute Kreditfähigkeit auf dem internationalen Kapitalmarkt.

Die im Volkswirtschaftsplan 1985 verankerten Zielsetzungen seien trotz einiger bemerkenswerter Ausnahmen bescheiden und durchaus real. Die geplante Steigerung des Nationaleinkommens sei jedoch übermäßig hoch angesetzt. Die Realisierung dieser Zielstellung werde aber in starkem Maße von der Erfüllung der kaum erreichbaren Planvorgaben für die Landwirtschaft abhängen. Die im Plan anvisierten Fördermengen bei Erdöl und Kohle dürften unter Berücksichtigung der Produktionsergebnisse von 1984 nicht zu realisieren sein. Es habe den Anschein, daß der Plan 1985 eine höhere Wachstumsrate der Militärausgaben gewährleisten könnte. Die Zielsetzungen im Bereich des Maschinenbaus seien hoch genug, um eine Aufschwüfung in der Produktion von militärischer Hardware zu unterstützen.

Der bereits mit einem hohen Anteil an Investitionen versehene Energiesektor der Sowjetunion könnte künftig das Wirtschaftswachstum insgesamt bremsen, wenn der Rückgang in der Ölproduktion anhalten sollte. Die Sowjetunion würde bei zunehmender Ölknappheit zwischen Einschränkungen des inneren Verbrauchs oder Exportreduzierungen zu entscheiden haben. Die Sowjetunion würde dann wahrscheinlich die Lieferungen in die anderen WV-Staaten kürzen, um den Bedarf im Inland zu decken und die Ölexporte für konvertierbare Währung zu gewährleisten.

Wenn auch der sowjetischen Führung ein langsames wirtschaftliches Wachstum künftig Schwierigkeiten bei der Ressourcenverteilung bereiten werde, so seien diese dennoch nicht unüberwindlich. Das Wirtschaftswachstum werde immer noch ausreichen, um eine Vielfalt von politischen Entscheidungen und Initiativen, vor allem in den Bereichen Verteidigung und Investitionen, ökonomisch zu stützen. Der Lebensstandard der Bevölkerung dürfte auch künftig nicht zurückgehen.

Die sowjetischen Militärausgaben, die etwa 85 % der Gesamtausgaben der WV-Staaten für diesen Bereich ausmachten, stellten trotz geringerer Steigerungsraten seit 1976 eine schwere ökonomische Last für die Sowjetunion dar. Diese Ausgaben würden etwa 13 - 16 % des sowjetischen Bruttosozialprodukts betragen, wobei der Anteil bei einigen spezialisierten Ressourcen noch größer sei. Es gebe zwar Hinweise über steigende Militärausgaben im Jahre 1983, jedoch wäre

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

es verfrüht, davon eine neue Periode raschen Wachstums dieser Mittel abzuleiten. Die niedrigen Steigerungsraten bei den Militärausgaben seien vor allem ein Ausdruck für die Verlangsamung der militärischen Beschaffung. Gründe für diese Entwicklung könnten Technologieprobleme, ökonomische Engpässe, politische Grundsatzenscheidungen und gleichzeitig verlaufende Beschaffungszyklen sein. Es lasse sich jedoch nicht eindeutig feststellen, ob diese Faktoren allein oder in Verbindung die Ursache der genannten Verlangsamung seien. Die Sowjetunion habe aber auf jeden Fall die erhebliche Verbesserung ihrer militärischen Kapazität weitergeführt. Das Potential für die Beschleunigung des Standes der militärischen Beschaffung sei angesichts der anhaltenden Erweiterung der Produktionsanlagen und der großen Anzahl gegenwärtig realisierter militärischer Programme vorhanden.

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.